

Rede von Ministerpräsident Peer Steinbrück
beim Jahresempfang Kunst und Kultur
der NRW-SPD
am 7. Juni 2004 in Krefeld

I. Zum Verhältnis von Künstlern und Politikern

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Freunde,

das Verhältnis von Künstlern und Politikern ist ja nicht selten von gegenseitigen Missverständnissen geprägt, die man am besten mit Georg Christoph Lichtenberg beschreiben kann:

„Sagt der Blinde zum Lahmen: Na, wie geht's? Antwortet der Lahme:
Ach, wie Sie sehen.“

Künstler und Politiker reden zu selten miteinander und wenn sie es tun, reden sie oft aneinander vorbei. Das gilt übrigens auch für Politiker und Feuilletonisten.

Heute wollen wir das anders halten. Darum bin ich gern gekommen und danke Karsten Rudolph, Cornelia Tausch und der Kulturinitiative der NRW SPD herzlich für ihre Einladung.

Viele Künstler wünschen sich Politiker, die nicht nur kunstsachverständig sind, sondern die eine innige Liebe mit den Künsten verbindet.

Und viele Politiker wünschen sich Künstler und Intellektuelle, die auf ihre Weise und mit ihren Mitteln die eigene Person oder Politik unterstützen,

zumindest aber: sich in den aktuellen politischen Debatten zu Wort melden.

Sozialdemokraten, Künstler und Intellektuelle können in dieser Beziehung auf eine gute Tradition zurückblicken, die zeitweise fast symbiotische Züge trug.

Günter Grass sprach mit Blick auf sein eigenes politisches Engagement für die SPD und für Willy Brandt von einer „Selbstverständlichkeit“.

Aber ihm war auch klar, dass das Selbstverständliche noch lange keine Alltäglichkeit ist.

Mit der für ihn typischen drastischen Wortwahl hat er schon vor fast 40 Jahren in seiner „Rede über das Selbstverständliche“ gesagt:

„In diesem Land schlüpft wahrlich eher das berühmte Wüstentier durch ein Nadelöhr, als dass ein Gelehrter oder Künstler seinen geistigen Hochstand oder sein Atelier verlässt und der stinkenden Realität seine Reverenz erweist.“

(Rede über das Selbstverständliche am 9.10.1965 in Darmstadt)

Dass das Selbstverständliche so schwer fällt, hat Gründe:

- * Die „stinkende Realität“, von der Grass gesprochen hat, der „Geist der Rechenhaftigkeit“ (Max Weber, Werner Sombart), von dem Politiker - Haushaltspolitiker zumal - und die Wirtschaft erfüllt sind,
- * und das Wahre, Schöne, Gute, oft auch das Provokante und das im eigentlichen Sinne des Wortes „Unberechenbare“, in dem und von dem Künstler leben,

das sind zwei getrennte Sphären.

- * Was ist eine verabschiedete Reformagenda gegen ein Gemälde von Amadeo Modigliani?

- * Was ist schon ein geglückter Börsengang gegen eine Symphonie von Gustav Mahler?
- * Und was ist selbst eine wirkungsvolle politische Rede gegen einen Roman von Max Frisch?

Der so genannte „Kulturbetrieb“ ist kein Unternehmen wie jedes andere und seine öffentliche Förderung demzufolge auch keine Subvention, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe.

Dabei entsteht bedeutende Kunst nicht notwendig und nicht einmal in erster Linie unter der Obhut von Kulturverwaltungen.

Künstlerische Denkanstöße haben im Kern nichts mit Kulturbetriebsamkeit zu tun. Sie sind eben nicht der letzte Schrei kultureller Moden.

Bedeutende Kunst ist widerborstig und nicht auf Konsens aus. Sie provoziert und ist anstößig. Wenn wir uns denn anstoßen lassen.

Politik dagegen muss Konsens herstellen.

Wenn in diesem „Jahr der Innovation“ 2004 viel von technologischen Durchbrüchen und gesellschaftlichen Reformen die Rede ist, so sollten wir nicht den unschätzbaren Beitrag vernachlässigen, den Kunst und Kultur dazu leisten – auf eine indirekte, oft sogar ungewollte, aber höchst nachhaltige Weise:

- * mit dem Wecken von Kreativität und Phantasie,
- * mit dem Überschreiten von Grenzen und mit gelebter Weltoffenheit,
- * mit Sinnstiftung und euphorischer Begeisterung für Neues und Anderes.

Auch und gerade jene Politiker, denen man eine große Nähe zu Kunst und Kultur attestiert, laufen Gefahr, die Grenze zu übersehen, die zwi-

schen den Sphären der Politik und der Kultur verläuft – und sich dabei „heiße Ohren“ zu holen.

Ich zitiere:

„Niemand wird garantieren können, dass jede größere Stadt auf unbestimmte Zeit über ihr eigenes Theater verfügen wird, so froh wir auch über die Vielfalt unserer kulturellen Zentren sind (...). Der Staat jedenfalls kann kein Automat sein, dessen Funktion sich darauf beschränkt, auf Abruf die Finanzierungslücken zu schließen.“

Das war ein Zitat nicht etwa aus meiner eigenen Rede zum 30-jährigen Bestehen des Kultursekretariats in Wuppertal - die Sätze sind schon 30 Jahre alt und stammen von Willy Brandt aus seinem Buch „Über den Tag hinaus“ von 1974.

Zur Erinnerung: Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Günter Grass bereits einmal von der SPD abgewandt. Er ist dann später glücklicherweise wieder zurückgekehrt.

Man lernt daraus: Das Ringen um den gesellschaftlichen und politischen Stellenwert der Kultur ist fast so alt wie die Kultur selbst und die Missverständnisse zwischen Politikern und Künstlern ebenso.

Ich plädiere dafür, dass wir in Anerkennung der getrennten Sphären ehrlich miteinander umgehen und uns wechselseitig die Wahrheit sagen.

Ich bin mir im Klaren darüber, wie schwierig das ist. Aber notwendig ist es auch. Beide, Künstler und Politiker, müssen und werden das aushalten. Und beide, Künstler wie Politiker, können sich dabei kein „Glaskinn“ leisten.

Wer sich tagtäglich virtuos als Grenzgänger in diesem Minenfeld

zwischen beengten Haushaltsspielräumen und der Fülle an guten, förderwürdigen Vorhaben bewegen und behaupten muss, das sind die Kulturpolitiker.

Sie sind sozusagen das Weltkind in der Mitten. Ihnen gilt meine Anerkennung und mein Respekt.

II. Staat und Kulturförderung

Ich sagte bereits: Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine Kernaufgabe des Staates.

Auch bei dieser Aussage ist mir bewusst, dass es hierzu auf beiden Seiten - dem Staat und der Kulturszene - immer unterschiedliche Wahrnehmungen gegeben hat oder gibt.

Meine Wahrnehmung ist: Der Kulturbereich genießt bereits eine Sonderstellung.

Deshalb kann der Staat dem Kulturbereich darüber hinaus gar keine besonders gehobene Sonderrolle einräumen im Gesamtableau all jener Bereiche, die er gestalten muss und für die er Verantwortung trägt: für den Arbeitsmarkt, für Schule, Bildung und Forschung, für den gesamten sozialen Bereich, für die innere Sicherheit, für Energie und Verkehr, Umwelt- und Naturschutz und anderes mehr.

Die Landesregierung nimmt ihre Verantwortung für die Kunst, für die Kultur in Nordrhein-Westfalen sehr ernst. Wir reden hier auf Geldgrößen gemünzt von knapp 130 Millionen Euro.

Wenn Sie die Anstrengungen der Kommunen einbeziehen – ich sehe einige Kulturdezernentinnen und -dezernenten im Publikum –, dann haben wir einen öffentlichen Etat für Kunst und Kultur in NRW, der bei deutlich mehr als 1,3 Milliarden Euro liegt.

Das unterstreicht die Bedeutung der Kommunen, deren Anteil an den Kulturausgaben bei uns aus historischen Gründen besonders hoch ist, und ich sehe in der daraus resultierenden Vielfalt eine der unverwechselbaren Stärken von Nordrhein-Westfalen.

Trotz mancher finanzpolitischer Zumutungen stehen wir im Vergleich mit anderen Ländern der Bundesrepublik sehr gut da.

Unsere Landesverfassung gibt dem Staat den Auftrag (Artikel 18), einen Rahmen, ein Gefäß zu schaffen, innerhalb dessen die Bürgerinnen und Bürger an Kunst, Geschichte und Bildung teilhaben können.

Wie notwendige Strukturverschiebungen innerhalb dieses Rahmens oder wie die Mischungsverhältnisse innerhalb dieses Gefäßes aussehen und ablaufen, ist und bleibt zuerst Sache der Kulturverantwortlichen.

Aber ich stelle fest: In Nordrhein-Westfalen haben alle Bürgerinnen und Bürger gute bis hervorragende Zugangschancen für das Erleben und Erfahren von Kunst und Kultur. Dabei soll es bleiben!

Auch Sponsoring und Mäzenatentum sind nun wirklich keine Fremdworte mehr in Nordrhein-Westfalen.

Es gibt auch bei uns immer mehr privates Engagement für Kunst und Kultur.

Anders hätten die Glanzlichter der letzten Zeit in öffentlich-privaten Partnerschaften auch gar nicht gesetzt werden können.

Ich nenne nur

- * das neue Wallraff-Richartz-Museum in Köln,
- * das Museum Kunst Palast
- * und die Kunstsammlung NRW im Ständehaus K 21 in Düsseldorf,
- * die Jahrhunderthalle in Bochum,

- * das Konzerthaus in Dortmund
- * und die Philharmonie in Essen, die wir am vergangenen Samstag feierlich eröffnet haben.

Ich frage Sie: Sind das etwa alles Anzeichen von Krise? Das Gegenteil ist richtig.

Deshalb gilt: Beides, staatliche Förderung und privates Sponsoring und Mäzenatentum, wird sich in Zukunft noch stärker als bisher ergänzen müssen.

Und was Politik dazu beitragen kann, die Leistungen Privater zu erleichtern und anzuregen, das tut sie, beispielsweise mit der Novelle des Stiftungsrechts.

Ich weiß, dass der „Geist der Rechenhaftigkeit“ spätestens bei den Kunstinhalten an seine Grenzen stößt.

Unter diesem Obersatz sage ich bewusst:

Der Wettbewerb der Orchester, Theater, Opern, Museen und Museumsdirektoren ist das eine, und er ist gerade wegen der Dichte der Institutionen hier zu Lande ausgeprägter als anderswo.

Die Zusammenarbeit, die Arbeitsteilung und die Synergieeffekte zwischen den Kultureinrichtungen der Städte und Kreise sind das andere.

Wir können es uns nicht länger erlauben, dass die eine Stadt der anderen solange das Wasser abgräbt, bis es ihr selber bis zum Halse steht. Doch das passiert. Und dann ist es meist zu spät.

Indem wir die Fördermittel für kommunale Kultureinrichtungen in das Gemeindefinanzierungsgesetz übertragen, werden wir viele Einrichtungen dauerhaft abgesichern.

Aber wir brauchen darüber hinaus mehr Kooperationsprojekte zwischen den Kommunen und auch beispielsweise zwischen kommunalen und freien Theatern.

III. Kulturland NRW

Nordrhein-Westfalen ist im europäischen Vergleich eines der kulturell vielfältigsten und farbigsten Länder.

Wo sonst gibt es auf engstem Raum so viele professionelle Orchester, Musiktheater, öffentliche Theater, Kunstsammlungen, Kunstvereine und Galerien, so viele Festivals und Ausstellungen?

Auch die freie und alternative Szene ist an Rhein und Ruhr so ausgeprägt wie in kaum einem anderen Land.

„Weder in London noch in Manhattan, nicht in Paris und schon gar nicht in Berlin funkelt das kulturelle Spektrum so facettenreich wie in der von den Altlasten der Industriezeit befreiten Ruhr-Region.“

Dieser Satz steht in keiner Werbebroschüre des Landes.

Ihn schrieb der MERIAN-Autor und Kulturjournalist Alfred Nemeček vor zwei Jahren über das neue Ruhrgebiet.

Das war also noch vor der Ruhrtriennale, die beim Publikum zunehmend Anklang findet. Über deren einzigartige Inszenierungen an den spannendsten Spielorten Europas sind vor allem die Feuilletons der internationalen Zeitungen des Lobes voll.

Mich bestärkt all das in meiner Überzeugung, dass sich die Metropolregion Rhein-Ruhr in kaum einer Beziehung hinter den großen europäischen Zentren wie London oder Paris zu verstecken braucht.

Wo sonst in Deutschland lohnt sich eine Zeitschrift wie „K.West“, die beansprucht, das Feuilleton für Nordrhein-Westfalen zu sein?

Es gibt in Nordrhein-Westfalen ein kulturelles Angebot, das für jede und jeden etwas bietet. Das ist kein Zeichen von Beliebigkeit, sondern dafür, wie ernsthaft und erfolgreich hier zu Lande das Wissen um die Bedeutung kultureller Vielfalt in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Natürlich muss es dabei auch den Wettbewerb unterschiedlicher Konzepte geben.

Ohne Wettbewerb bliebe es beim Status quo. Und das wäre das Ende jeglichen kulturellen Fortschritts, jeglichen Fortschritts überhaupt.

Ich bitte darum, Wettbewerb im Kulturbereich nicht mit „survival of the fittest“ oder mit Sozialdarwinismus gleichzusetzen.

Es hilft niemandem, etwa die freie Theaterszene gegen die Ruhrtriennale ausspielen zu wollen.

Wir brauchen beides. Wir brauchen Glanzlichter, die weit über die Grenzen unseres Landes strahlen. Wir brauchen aber auch die künstlerische Innovation und das Wagnis im Kleinen und in der Breite.

Es hat im Vorfeld Stimmen gegeben, dass es nicht zu rechtfertigen sei, ein solches Festival wie die Ruhrtriennale in einer Zeit ins Leben zu rufen, in der in vielen Kommunen auch an den Kulturetats erheblich gespart werden muss.

Ich bin überzeugt: Das genaue Gegenteil ist richtig. Und die kritischen Töne sind ja auch mittlerweile viel leiser geworden oder verstummt.

Der „Spiegel“ hat jüngst gar in die andere Richtung geblasen und eine Übersättigung mit herausragenden Kulturangeboten an Rhein und Ruhr an die Wand behauptet.

Dazu fällt mir nur noch ein: Vom Mangel zur Übersättigung. Es lebe die Krise!

IV. Notwendigkeit kultureller Bildung

Die Landesregierung und auch die SPD-Kulturpolitiker arbeiten seit geraumer Zeit an einem gemeinsamen Ziel. Es lautet „Kulturelle Bildung“.

Die positiven Einflüsse musisch-künstlerischer Bildung auf die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen sind hinlänglich beschrieben.

Es besteht kein Zweifel, dass sich zum Beispiel systematischer Musikunterricht bei Schülerinnen und Schülern in allen anderen Fächern sehr positiv auswirkt, auch bei den kognitiven Fähigkeiten.

Ganzheitliche Bildung heißt längst nicht nur theoretisches Wissen und beruflich verwertbare Inhalte, sondern schließt ästhetische Erfahrungen und musische Fähigkeiten ein.

Kulturelle Bildung befähigt dazu, nicht nur Kunst und Kultur, sondern sich selbst und die Welt besser zu verstehen.

Wenn man sich die Ergebnisse von PISA ansieht, dann könnte man zugespitzt sagen:

15-jährigen fehlt das notwendige Leseverständnis, weil sie nie gelernt haben, zu singen, selbstständig Geschichten zu erzählen oder in Bildern zu lesen.

Dafür ist natürlich nicht in erster Linie und schon gar nicht allein die Schule verantwortlich.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass das pädagogische Engagement etwa von Musikschulen und Jugendkunstschulen in die Schulen getragen wird.

V. Europa als Kulturraum

Auf die Frage, „Warum SPD?“ hat der Soziologe und Philosoph Oskar Negt 1998 geantwortet:

Weil Sozialdemokraten Europa als kulturellen Raum und nicht nur als Zollunion begreifen.

Ich meine, dass die Ökonomie als Impulsgeber und Katalysator der europäischen Einigung durchaus ihren Wert hatte und hat, von der Montanunion bis zur Währungsunion und zur Erweiterung der EU nach Osten und Süden.

Die damit verbundene Integration und die Beendigung eines deutschen Sonderweges in Europa können wir gar hoch genug einschätzen.

Nun aber, da die Europäische Union nicht nur erweitert, sondern nahezu vervollständigt ist, wird unser Blick – gerade auch von Polen, Ungarn, Balten und den anderen neuen Mitgliedern – auf die gemeinsamen Werte, die jahrhundertealte gemeinsame Kultur und die Ursprünge in der Antike gelenkt.

Wir entwickeln Stolz auf diesen alten Kontinent, wenn ein US-Verteidigungsminister ihn als „old Europe“ der Geringschätzung preisgeben will.

Noch heute sind die grundlegenden Werte die intellektuellen und ethischen Werkzeuge der Europäer: die Idee der Aufklärung, der Natur, der Wissenschaft, die Idee der Freiheit und nicht zuletzt das Prinzip des Zweifels.

„War nicht der kritische Geist“, so fragt der berühmte französische Historiker Jacques Le Goff, „eines der wesentlichen Werkzeuge des Denkens und Handelns der Europäer, und bleibt er nicht heute noch einer ihrer großen Vorzüge gegenüber Ritualismus und Fundamentalismus anderer Denksysteme?“

Dieser kritische Geist ist es, der auch Sozialdemokraten seit je in besonderem Maße auszeichnet und der diese manchmal schwerblütige Partei für Künstler und Intellektuelle interessant gemacht hat.

Wir haben es mit erheblichen Herausforderungen zu tun, die keine einfachen und eilfertigen Antworten mehr zulassen. Ich erwähne nur den demographischen Wandel, die Wohlstandssicherung, den Klimaschutz, den internationalen Wettbewerb und die Globalisierung, die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und ihre Finanzierung.

Daraus ergeben sich neue Spaltungs- oder Segmentierungsgefahren für unsere Gesellschaft neben dem alten Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital:

- zwischen Alt und Jung, zwischen Gegenwarts- und Zukunftsinteressen,
- zwischen Medienkompetenz und einem neuen Analphabetismus,
- zwischen jungen Familien und kinderlosen Rentnern,
- zwischen Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit,
- zwischen der Ökonomisierung aller Gesellschaftsbereiche und der Ignoranz für die wirtschaftlichen Fundamente von Unternehmertum und technologischer Dynamik,
- zwischen Banalisierung und Profanisierung und den Herausforderungen in Kunst und Medien.

Das sind viele Themen und Spannungsbögen, zu denen ich mir trotz der genannten Missverständnisse zwischen Kunst und Politik die Beiträge und Interventionen von Künstlerinnen und Künstlern wünsche.

Und ich biete das Meinige dazu an: Neugier, die Fähigkeit zuzuhören und ein eigenes, unverfälschtes Urteil.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.